

Zeitschrift: Die Vorkämpferin : verfocht die Interessen der arbeitenden Frauen
Herausgeber: Frauenkommission der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz
Band: 12 (1917)
Heft: 9

Artikel: Unsere Nationalräte
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-351371>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

I s m u s. Der Gemeinwirtschaft, die alle zur Arbeit heranzieht, um sie in den Dienst der organisierten Gesellschaft zu stellen.

An dieser großen Aufgabe sollst du, o Arbeitsbruder und Arbeitschwester, mitwirken. Du fragst: Wie ist das möglich? Schon durch deinen bloßen Eintritt in die Gewerkschaft, den Berufsverein, in die Mitgliedschaft, die politische Organisation, und in den Konsumverein. So hilfst du an Zahl das Heer der vorwärts- und aufwärtstrebenden Arbeiter verstärken.

Du sollst aber nicht nur ein stiller Kämpfer sein. Mit deiner Einsicht, mit all deiner Kraft mußt du an den Versammlungen, zu allem, was die Arbeiterschaft unternimmt, dein Teil beitragen zur Verbesserung ihrer und damit deiner Arbeits- und Lebensbedingungen. Krieg und Hunger und graufige Not müßten nicht mehr sein, wenn du, Arbeitsbruder und Arbeitschwester, nicht mit verbundenen Augen und tauben Ohren umher wandelst. Wache auf! Noch ist es Zeit dazu. Laß deine Augen sehend und deine Ohren hörend werden! Wirf deine Verzagtheit von dir! Erhebe dich über deine persönliche Kleinheit und Schwäche, wache mit den Millionen deinesgleichen zur organisatorischen, zur gesellschaftlichen Uebermacht wider die Gewalt weniger Großer, weniger Reicher und Kriegshäher, welche die ganze Menschheit beherrschen. Die in unbezähmbarer Gier sie ausbeuten, um sie ewig in der Knechtschaft zu erhalten. Schließe dich freudig und stolz dem Bunde der heute noch Schwachen, der Armen, der Ausgebeuteten und Ausgehungenerten an, auf daß sie morgen die Starken, die Wollenden, die Freiheits- und Friedensbringer, die Menschheitserlöser sein werden. Auf daß niemand im Lande mehr Hungers sterbe.

Marie Süni.

Unsere Nationalräte.

Natürlich verstehen wir unter „unsere“ Nationalräten die sozialdemokratische Fraktion und nicht das Sammelsurium aller schweizerischen Nationalräte. Durch Schule und andere Machtmittel wird zwar den gläubigen Eidgenossen immer wieder verkündet, in unserer Demokratie habe jeder National- und Bundesrat das Wohl des ganzen Volkes fördern zu helfen, und man sucht die Illusion, als ließe die Demokratie keine Wahrnehmung von Sonderinteressen zu, zu hätscheln und immer wieder großzuziehen. In die Köpfe der heranwachsenden Jugend kann man noch allerlei Geschichtslügen pflanzen und die Herzen lassen sich mit Illusionen füttern. Aber dann, wenn der junge Arbeiter, die junge Arbeiterin in Werkstätten, Fabriken, Bureaus in dieser Geistesverfassung gar keinen Schutz vor der Ausbeutung verspürt, nicht einmal das Vereinsrecht in Anwendung gebracht werden kann, wenn bei Streiks Militär aufgeboten wird, wenn man Väter und Brüder zwingt, gegen die eigenen Angehörigen die Waffen zu gebrauchen, und Mütter und Kinder nicht vor den argsten Entbehrungen geschützt sind, während der Vater das Vaterland an der Grenze bewacht, dann haben alle diese Angehörigen der besitzlosen Klasse Mühe, die Demokratie und ihr Parlament in ihrem wahren Wesen zu erfassen. Man hat ihnen wohl einst gesagt, daß vor dem Gesetz alle Bürger gleich seien und alle Schweizerbürger dieselben Rechte haben. Aber was hilft die politische Gleichheit ohne die wirtschaftliche und soziale Gleichheit, wo zudem noch die andere große Masse des Proletariats, die weibliche, die im steten Wachsen begriffen ist, auch keine politischen Waffen hat.

Erst die Tatsachen machten die Arbeiterschaft sehend und erst durch Schaden wurde sie klug. Aber noch lange nicht alle Arbeiter, bewahre; erst die sich ihrer Klassenzugehörig-

keit Bewußten gaben sich eine Organisation. Obschon die Mehrheit des Volkes, befindet sich als organisierte Klasse die Arbeiterschaft noch in Minderheit. Will sie daher Vertreter in die Parlamente schicken, so mußte sie anfänglich darauf sehen, Lieblinge des Volkes auszuwählen. Es ist klar, daß diese sich nicht in erster Linie der Partei, sondern ihrer bürgerlichen Wählerschaft gegenüber verantwortlich fühlten. Eine besondere Fraktion sozialdemokratischer Nationalräte gibt es erst seit 1911, nachdem am Winterthurer Parteitag dies extra verlangt worden war. Dort sprach man noch davon, „wo es irgendwie möglich ist“, sollen ausgesprochen sozialdemokratische Kandidaten aufgestellt werden, und Kompromisse mit andern Parteien waren dem freien Ermessen der Genossen anheimgestellt.

In den Beschlüssen des Aarauer Parteitages 1913 zur „Taktik der Partei“ wird aber verlangt, daß die Partei bei allen Wahlen selbständig Stellung zu nehmen hat und die Vertretung aus eigener Kraft erobert werden muß, damit sie selbständig und nur der Partei gegenüber verantwortlich seien.

Trotz des enormen Kampfes, trotz der Propaganda und Aufklärung hatte die Sozialdemokratie 1911 nur fünfzehn Mann in die Bundesversammlung zu schicken vermocht. Einmal, weil so viele Schweizerarbeiter ihre eigenen Klasseninteressen nicht wahrnahmen, weil sie zu gleichgültig und denkfaul sind. Dann darf aber nicht vergessen werden, daß unserer auf die internationale Solidarität gegründeten Partei viele Ausländer angehören, die gleich den weiblichen Mitgliedern kein Stimm- und Wahlrecht haben, daß ferner infolge des mittelalterlichen Ehrenfolgesgesetzes auch viele das Aktbürgerschaft verloren. Die Nationalratswahlen finden zudem noch unter dem Majorzsystem statt, so daß auch dadurch eine der Stärke der Partei entsprechende Vertretung ausgeschlossen ist.

Die sozialdemokratische Partei war 1911 mit aller Energie in den Wahlkampf eingetreten. Sie ersetzte — bei schweizerischen wie bei kantonalen Wahlen — durch Nüchternheit und Aufopferung sondergleichen das, was ihr an Geld fehlt, das allein als Machtmittel bei den Wahlen der Bürgerlichen „zieht“. 1914 war ein Wahlkampf, wie er sich sonst vollzog, mit Versammlungen ausgeschlossen, da die Wähler an der Grenze und die persönliche Propaganda im Meere erschwert ist.

Nun stehen wir abermals vor der Aufgabe, und immer noch tobt und wütet der Krieg um uns, immer noch ist ein Teil der Wähler an der Grenze. Ohne Bedenkenbürdet man den Frauen alle andern Pflichten und Aufgaben: Ernährung, Versorgung und Erziehung der Kinder durch Erwerbsarbeit, Ersatz männlicher Berufsarbeiter auf allen Arbeitsplätzen, auf. Das nimmt die heutige Gesellschaft als ganz selbstverständlich an; aber Stellvertretung bei Wahlen und Abstimmungen! Bewahre! Es könnte gewiß kaum schlechter als bisher herauskommen, aber am Ende gar besser und das wäre unverzeihlich.

Bevor wir aber von den Neuwahlen in den Nationalrat sprechen, wollen wir uns fragen, was denn die „Bisherigen“ getan haben, ob auch wir als Parteimitglieder ihre Tätigkeit und ihre Haltung anerkennen und in Uebereinstimmung mit den Parteiprinzipien finden.

Es ist nicht möglich, in die detaillierte Behandlung hier einzutreten. Die Genossinnen lesen vermutlich die jeweiligen Sektionsberichte in der Parteipresse und wer sich gerne zusammenfassend orientieren möchte, kann die Protokolle der Parteitage nachschlagen, wo der Fraktionsbericht in gedrängter Form enthalten ist.

Zu allererst muß hier festgestellt werden, daß, solange der Nationalrat unter der Brutalität des Majorzes gewählt wird, dieser nicht nur ein Klassenparlament schlechthin ist, sondern daß die Klassenpolitik noch über die gegebenen Verhältnisse hinausgeht und somit die Forderungen der bürgerlichen Klasse immer zum vornherein gesichert sind. Daraus

erklärt sich das Versagen auf dem Gebiete der Sozialpolitik; erklärt sich der Jammer so mancher erst halbwegs für den Klassenkampf Genonnenen: „Es nützt ja doch nichts“, „Sie könnt ja doch nütz machen“, oder wenn der eine oder andere Parteigenosse oder sogar Genossinnen beim Lesen des Berichtes gelangweilt ausrufen: „Welches sind nun die positiven Leistungen? Die rutschen nur auf ihren Sesseln herum oder unterhalten sich in den Wandelgängen des so schön gelegenen Bundeshauses!“ Daher rührt auch die Geringschätzung des Parlamentarismus in Gewerkschafts- und Frauenorganisationen. So wenige sind in der Lage, zwischen den Zeilen zu lesen und die engen Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichem und politischem Geschehen immer und überall herauszulesen, wenn es sich nicht gerade um rein proletarische Forderungen handelt.

Es ist selbstverständliche Tatsache, daß unsere Fraktion einig und geschlossen, anregend oder initiativ vorgeht, wo es sich um Besserstellung der arbeitenden Klassen handelt, zum Beispiel Unterstützung durch den Bund bei den Folgen der Arbeitslosigkeit, Kranken- und Unfallversicherung, Fabrikgesetz, daß Motionen, die sie einreicht, im Einklang mit dem Partei- und Arbeitsprogramm stehen. Auch die Haltung zur Bundesfinanzreform ist durch Parteitagebeschluss gegeben, und nun, endlich nach langen Jahren der Auseinandersetzungen, auch die Stellung zur Militärfrage.

Schon vorher gab es fast keine Session, in der nicht über militärische Fragen gesprochen und von unserer Fraktion Opposition gemacht worden wäre; aber nicht mit grundsätzlicher Begründung, sondern aus rein taktischen Erwägungen stimmten sie den Militärausgaben nicht zu. Schon 1911 mußten selbst die gut bürgerlichen „Basler Nachrichten“ zustehen: „Die von der äußersten Linken provozierte Debatte über das Militärbudget mußte auch den militärfreundlichen Zuhörer zu der Ueberlegung anregen, ob nicht die stetsfort stark anschwellenden Militärausgaben mit der Zeit in ein Mißverhältnis zu den Einnahmen und zu den übrigen Ausgaben des Bundes geraten.“ Und in derselben Zeitung schrieb 1912 Prof. Dr. Steiger: „Wenn die stichhaltigen Argumente der Sozialdemokraten die Räte zu ernsterer und gründlicherer Ueberlegung gerade auch der nicht rein militärisch-technischen, aber um so wichtigeren damit verbundenen volkswirtschaftlichen Fragen nötigen, so ist das im Interesse des Landes auch dann zu begrüßen, wenn man im einzelnen den Sozialdemokraten nicht stets beipflichten kann. Weniger was sie sagen, als die stimulierende Wirkung ihrer Kritik auf die Räte ist richtig.“

Es wird den Herren noch unangenehmer in den Ohren klingen, wenn unsere Fraktion den grundsätzlichen Kampf gegen den Militarismus und die durch ihn veranlaßten Ausgaben aufnimmt. Leider ist hier die bisherige Fraktion nicht einig; aber die Partei wird verlangen müssen, daß Parteitagebeschlüsse auch von den Genossen im Nationalrat innegehalten werden. Ob die Wahl in den Nationalrat einzig von der Stellung zur Militärfrage soll und kann abhängig gemacht werden, möchte ich bezweifeln.

Unsere Partei kann nicht dazu gelangen, auf den Parlamentarismus zu verzichten, das wäre ein Zugeständnis von Schwäche. Schon während und ebenso nach dem Kriege bleibt das kapitalistische Ausbeutungsverhältnis nicht nur bestehen, nein es hat sich verschärft. Das bedingt verschärfter Kampf, damit die Folgen und Zustände nach dem Kriege so geordnet und geregelt werden, daß nicht die Arbeiterklasse von den Lasten erdrückt wird. Der Kampf muß also auch dort aufgenommen werden, wo die kommenden Aufgaben gelöst werden: im Bund. In den Kantonen hat die notleidende Bevölkerung bereits erkannt, welche Partei allein ihre Interessen vertritt: Bei den Kantonsrats- oder Grossratswahlen haben die Stimmberechtigten ihr Zutrauen be-

reits unseren Vertretern zugewendet. Werden auch bei den kommenden Nationalratswahlen nicht Arbeiter, Arbeiterinnen sich der Pflichten gegenüber der proletarischen Klasse bewußt, dann haben sie kein Recht zu klagen, wenn die Gegner den wirtschaftlichen und politischen Druck vergrößern.

Sorgen aber Genossen und Genossinnen jetzt schon durch Aufklärung, persönliche Propaganda dafür, daß die Kraft der Fraktion erhöht wird durch neuen, tüchtigen Zuwachs. Sorgen wir vor allem dafür, daß die Stärke und Einheit unserer Partei den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend zunimmt, auf daß die Masse den parlamentarischen Kampf verstärkt durch den wirtschaftlich-ökonomischen Kampf und durch Revolutionierung der Herzen und Hirne der Arbeitsschwester und -brüder und der Jugend. —ob.

Die Umwälzung im katholischen Arbeiterinnenverein.

Wer noch unlängst zu behaupten gewagt hätte, es gehe eine tiefe Umwälzung im schwarzen Arbeiterlager vor, den hätte man für verrückt gehalten und — ständen wir noch im Mittelalter — als Ketzer verbannt. Und doch ist dem so.

Betrachten wir die beiden Zeitungen: „Der Arbeiter“ und „Die Arbeiterin“, so fällt uns auf, wie im „Arbeiter“, dem Organ der Christlichen mit allen Mitteln gegen die Sozialisten gewettert wird. Ja, daß Lüge und Verleumdung von jenen, die sich als die Nachfolger Christi ausgeben, ihre „beste Waffe“ gegen uns ist. Nun hat aber „Die Arbeiterin“, das Organ der christlichsozialen Arbeiterinnenvereine, eine starke Schwenkung nach links gemacht.

Früher gab es dort keinen Kampf. „Vertrau auf Gott und laß ihn walten, er wird dich wunderbar erhalten“, war der Wahlspruch. Oder „Bet und arbeit, Gott hilft alle Zeit.“ Heute gilt bei ihnen eine andere Devise. Wie für die sozialistischen Frauen und Mütter heißt für sie die Kampfeslosung: „Gib dir selbst, so hilfst du Gott.“ In Nr. 19 der „Arbeiterin“ lesen wir, daß in der Glühlampenfabrik Goldau Löhne bezahlt werden, von 17, 20, 22 und 25 Rappen. Ganz tüchtige langjährige Arbeiterinnen bringen es nicht über 30, höchstens auf 35 Rappen. Die Stundenlöhne für die männlichen Arbeitskräfte sind ebenfalls sehr niedrig. Endlich scheinen auch den christlichen Frauen die Augen aufzugehen, daß sie geplagte Arbeiterinnen sind, denen die schönsten Predigten und Reden nicht über die Not hinweg zu helfen vermögen. Lassen wir die katholischen Arbeiterinnen nun selber berichten, was sie dieser Ausbeutung gegenüber zu tun gedenken:

„Man beschloß nun an einer Versammlung, eine Stundenloohnerhöhung von 5 Rp. zu fordern. Es wurde eine Eingabe an die Geschäftsleitung gemacht und es fand auch eine Unterhandlung mit ihr statt. Es wurde versprochen, in den nächsten drei Zahltagen die Stundenlöhne zu erhöhen. Es ist sonst überall üblich, daß bei Lohnbewegungen die Lohnerhöhungen an alle zu gleicher Zeit von einem naheliegenden Zeitpunkte an zur Auszahlung gelangen. Um die Sache friedlich zu erledigen, war man mit diesem Vorschlag einverstanden und hoffte, daß dieses Versprechen auch gehalten werde. Nun mußte man aber die Wahrnehmung machen, daß dieses Versprechen auch nach fünf und mehr Zahltagen nicht erfüllt wurde, daß nur ganz vereinzelte die Stundenlöhne erhöht worden waren. Man wandte sich in weiteren Eingaben an die Geschäftsleitung und eine weitere Unterhandlung wurde in Aussicht gestellt, doch fand keine solche statt. Eine nochmalige Eingabe wurde gar nicht beantwortet. Erst als alle friedlichen Mittel nichts mehr fruchteten, entschloß man sich, schärfere in Anwendung zu bringen. Man verhängte die Sperre über die Firma. Nun ist auch an die Regierung des Kantons Schwyz eine Eingabe gemacht worden, sie möchte versuchen, eine Einigung in die Wege zu leiten.“

Der Erfolg ist noch abzuwarten. Es ist bemüht, sehen zu müssen, wie Unternehmungen, die glänzende Geschäfte machen und stetsfort den Betrieb durch Umbauten vergrößern, nicht einmal so viel Entgegenkommen an die Arbeiterschaft zeigen, ihnen einen zum Lebensunterhalt allernötigsten Stundenlohn